

**BREMEN-STADT**

**SPD**

---

**Jahresbericht  
2018/2019**

---



**Jahresbericht 2018/2019**  
**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**



**Impressum:**

**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**

Vorsitzender: Falk Wagner (V. i. S. d. P.)

Obernstr. 39-43, 28195 Bremen

Telefon: 0421/35 0 18 31; Fax: 0421/35 0 18 37

E-Mail: [ub-bremen-stadt@spd.de](mailto:ub-bremen-stadt@spd.de)

[www.spd-bremen-stadt.de](http://www.spd-bremen-stadt.de)

März 2020

© SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

# INHALT

Gedenken.....	1
Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks (aktuell) .....	3
Mitglieder des Unterbezirks Bremen-Stadt in den Gremien der Landesorganisation (aktuell) .....	4
Rechenschaftsbericht des Vorstandes .....	5
Bericht des Wahlkampfbeauftragten zum Bürgerschafts- und Europawahlkampf 2019 .....	9
Terminbericht.....	12
Kassenbericht für die Jahre 2018/2019.....	15
Bericht des Beiräte-Beauftragten .....	23
Bericht des Mitgliederbeauftragten UB-Bremen Stadt.....	25
Mitgliederstruktur in 2018/19 .....	25
Bericht des Internetbeauftragten .....	26
Einzelberichte der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise .....	27
Bericht der Jungsozialist*innen in der SPD (Jusos) .....	27
bericht der Arbeitsgemeinschaft für arbeitnehmer (afa) .....	28
Bericht der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) .....	28
Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60plus (AG60+) .....	29
bericht Des Arbeitskreis Christinnen und Christen .....	30
Bericht des AK Soziale Stadtentwicklung.....	30
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt Wahlperiode 2018/19 - Beschlussbericht .....	33
Anlage: Erste Auswertung der Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2019 .....	44



Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt hat in den Jahren 2018/2019 viele Mitglieder durch den Tod verloren.

Aus der großen Zahl der verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien hier stellvertretend genannt:

**Elfriede Bannas**

**Annegret Beuermann-Spinn**

**Manfred Boeck**

**Ingrid Busboom**

**Werner Falldorf**

**Irmgard Gaertner-Fichtner**

**Walter Gerbracht**

**Claus Grobecker**

**Almansor Gubernatis**

**Wilhelm Haverich**

**Michael Huesmann**

**Gudrun Lange-Butenschön**

**Stephan Leibfried**

**Dagmar Lill**

**Henrik Marckhoff**



**Arnold Müller**

**Walter Paradies**

**Gerhard Plümer**

**Ingeborg Reimers**

**Stefan Seifriz**

**Moritz Thape**

**Elli Windels**

**Gudrun Winkelmann**

**Christian Weber**

**Hella Zamponi-Schulz**

Wir sind ihnen und allen verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

**Unterbezirksvorstand**

Vorsitzende: Falk Wagner

Stellvertreterin: Anja Schiemann

Kassiererin: Kadriye Pile

Schriftführer: Sören Böhrnsen

Beisitzerinnen/Beisitzer:  
Larissa Krümpfer  
Alexander Keil  
Catharina Hanke  
Stefan Markus  
Eva Mahlert  
Reinhold Wetjen  
Ali-Aygün Kilincsoy

Revision:  
Ingo Funck  
Manfred Oppermann  
Heike Griesche

**Schiedskommission**

Vorsitzender: Hans Alexy

Stellvertreterin/ Stellvertreter:  
Anneke Schmitt-Wenkenbach  
Andreas Mackleben

Beisitzerinnen/ Beisitzer:  
Nicole Gronemeyer  
Susanne Martens  
Mario Domann-Käse  
Sanem Güngör

## MITGLIEDER DES UNTERBEZIRKS BREMEN-STADT IN DEN GREMIEN DER LANDESORGANISATION (AKTUELL)

### **Landesvorstand**

Landesvorsitzende: Sascha Karolin Aulepp

Stellvertretende Vorsitzende: Sarah Ryglewski

Schriftführer: Karl Bronke

Beisitzerinnen/Beisitzer:  
Janne Herzog  
Derik Eicke  
Petra Krümpfer  
Arno Gottschalk  
David Ittekot  
Elena Reichwald  
Uwe Schmidt

Revision: Andreas Taechl

### **Schiedskommission**

Vorsitzender: Thomas von der Vring

Beisitzerin: Susanne Kröhl

Die Vorstandsperiode 2018/19 wurde durch die Bürgerschaftswahl geprägt. Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Konsequenzen in der Parteiarbeit daraus zogen sich über fast die gesamte zweijährige Amtsdauer. Mit der Arbeit an diesen Aufgaben hat der Parteitag im März 2018 einen außerordentlich jungen Vorstand betraut. Fünf der elf Vorstandsmitglieder sind unter 35 Jahren alt gewesen, nach sechs Jahren als Vorsitzende hatte auch die Vorsitzende Uta Kummer ihr Amt abgegeben. Eine Eingewöhnungsphase gab es für den neuen Vorstand gleichwohl nicht, weil unmittelbar nach Abschluss der Organisationswahlen weitreichende Weichenstellungen zu gestalten waren: der Vorschlag inhaltlicher Kernforderungen zur Bürgerschaftswahl an den Parteitag, die organisatorische Aufstellung für den Wahlkampfablauf sowie der auch administrativ aufwändige Prozess der Listenaufstellung.

### *Inhaltliches Profil zur Bürgerschafts- und Europawahl*

Im Juni 2018 hat der Parteitag auf Vorschlag des Vorstands Kernforderungen zur Bürgerschaftswahl beschlossen. Der Parteitag hat sich dabei für ein klassisch sozialdemokratisches Profil mit starkem Akzent auf Arbeitnehmer\*innenpolitik entschieden: Bremen als Stadt der guten Arbeit, als bezahlbare Stadt, mit sicheren und sauberen Quartieren und finanzpolitischer Vorfahrt für KiTas und Schulen. Für den Vorstand möchte ich sagen, dass wir erfreut über den Zuspruch zum Format der Eckpunkte waren, die auf ausführliche Prosa verzichten und dafür greifbare Forderungen in prägnanter Länge aufstellen wollten. Die positiven Rückmeldungen wollen wir bei künftigen Anlässen zur Motivation nehmen, mit Formaten dieser Art fortzufahren.

Die Eckpunkte des UB-Parteitags haben den anschließenden, von der Landesorganisation durchgeführten Prozess der Programmerstellung keineswegs ersetzt, ihm aber erste Konturen verliehen. Als größter Unterbezirk der Landesorganisation ist der UB damit auch seiner Gesamtverantwortung nachgekommen.

Ergänzt wurde dies durch

- die Positionierung „Menschenwürdige Pflege braucht gut Arbeit“ des Parteitags auf Vorschlag des Vorstands im September 2018, mit der wir uns deutlich für die Aufwertung der Pflegebranche in Bremen und dem Bund positioniert haben,
- „SPD vor Ort“-Veranstaltungen mit Claudia Bogedan und Ulrich Mäurer, in denen wir in den Quartieren mit Zielgruppen zu guter Bildung sowie zu sicherer und sauberer Stadt sprechen konnten,
- Fachgespräche zu KiTa-Politik sowie sozialer Stadtentwicklung rechtzeitig vor der Wahlkampfphase,
- eine deutliche Positionierung zum Volksentscheid über das Rennbahnquartier an der Seite eines breiten Bündnisses.

Auch für die Europawahl hat der UB sich inhaltlich positioniert. Auf Vorschlag unseres Europaabgeordneten Joachim Schuster hat der UB-Vorstand „Bremer Eckpunkte für ein soziales Europa“ beschlossen. Ohne ein ganzes Europawahlprogramm ersetzen zu können oder wollen haben wir in gebotener Kürze die Kernanliegen aus Bremer und sozialdemokratischer Sicht aufgestellt, auch, um uns damit für das Gespräch mit den Wähler\*innen auf dem oftmals zu undurchschaubaren Ebene der EU zu rüsten.

### *Listenaufstellungen für Bürgerschaft und Beiräte*

Traditionell sieht die Satzung unseres Unterbezirks vor, dass der Listenvorschlag zur Bürgerschaftswahl für den Parteitag nicht vom Vorstand aufgestellt werden soll. An seine Stelle tritt eine gesonderte Mandatskommission, deren stimmberechtigten Mitglieder selbst nicht für die Bürgerschaft kandidieren dürfen und die ihre Entscheidung mit übergroßer Mehrheit zu fällen hat. Die Rolle des UB-Vorstands beschränkt sich auf den Vorschlag sogenannter Quereinsteiger\*innen für die Liste, also Personen, die gegenwärtig nicht in Parteigliederungen aktiv sind, aber die sich mit der Sozialdemokratie identifizieren, aufgrund ihrer besonderen Vernetzung und Ausstrahlung in die Stadtgesellschaft eine Bereicherung für die Liste darstellen würden.

Der UB-Vorstand hat dafür die Leiterin der Freiwilligen-Agentur, Birgitt Pfeiffer, den Ersten Bevollmächtigten der Bremer IG Metall, Volker Stahmann, sowie den ehemaligen Landesvorsitzenden und seinerzeitigen Weyher Bürgermeister Andreas Bovenschulte vorgeschlagen. Alle drei wurden von der Mandatskommission für vordere Listenplätze vorgeschlagen. Im Übrigen beschränkte sich die Aufgabe des Vorstands auf die administrative Unterstützung der Mandatskommission.

Der Parteitag hat die Mandatskommission im Juni 2018 gewählt. Die Mandatskommission hat nach umfangreichen Anhörungen ihren Listenvorschlag bei einer Enthaltung einmütig beschlossen. Diesen Vorschlag hat der Parteitag im September bestätigt.

Gleichzeitig beschloss der Parteitag, Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen, da weder der Listenvorschlag noch die Mandatskommission selbst den eigenen Anspruch erfüllten, Frauen und Männer gleichmäßig zu berücksichtigen (im Falle der Mandatskommission auch nicht zu wenigstens je 40%). Eine Satzungsänderung, die unter anderem die Quotierung für die Mandatskommission künftig zwingend macht, beschloss der Parteitag im März 2019. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete zudem weitere Handlungsempfehlungen für die frühzeitige Motivation von Frauen zur Kandidatur für unsere Bürgerschaftsliste. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD-Fraktion derzeit den höchsten Frauenanteil aller Bürgerschaftsfraktionen aufweist (11 von 23).

Der UB-Vorstand organisierte zudem die Listenaufstellungen für die Beiräte. Unseren Kollegen im UB-Büro sei für den großen Organisationsaufwand ebenso gedankt wie allen Ortsvereinen. Die SPD konnte erneut in allen Beiratsgebieten antreten. Mit einem Mentoring-Programm wurden frühzeitig Interessierte aus den Stadtteilen an eine Kandidatur herangeführt. Nach der Wahl wurden neuen Beiräten erneut ein Einstiegsseminar angeboten. Hierzu verweise ich auf den separaten Bericht des Beiräte-Beauftragten Stefan Markus.

### *Lehren aus der Bürgerschaftswahl*

Nach Abschluss der Listen- und Programmerstellung samt den dazugehörigen Gesprächen mit Vereinen, Verbänden und Interessierten ging es für die Genoss\*innen dann auf die Straße. Zur organisatorischen Durchführung und Bewertung des Wahlkampfes verweise ich auf den separaten Bericht des Wahlkampfbeauftragten Reinhold Wetjen. Allen ehrenamtlichen Helfer\*innen und insbesondere Reinhold sowie dem Leiter unserer „Aktivtruppe“ Holger Helber seien an dieser Schwelle herzlich gedankt. Ohne euer Engagement wäre der Wahlkampf einer sozialen Partei ohne Großspender nicht möglich! Ebenso verweise ich auf den Bericht des Internetbeauftragten Alexander Keil. Seine Arbeit hat dafür gesorgt, dass wir eine professionell auftretende Social-Media Arbeit, besonders im Wahlkampf, verzeichnen durften, die die Grenze dessen erreicht, was mit ehrenamtlicher Arbeit möglich ist. Alexander sei dafür sehr herzlich gedankt.

Das bittere Wahlergebnis haben wir ausführlich diskutiert und zum Anlass für Schlussfolgerungen genommen. Die Konsequenzen wurden in vier Herausforderungen zusammengefasst: Erstens den Markenkern der SPD stärker sichtbar machen, vor allem bei Lohnabhängigen. Zweitens bei Reformhungrigen, vor allem Jüngeren, stärker Wahrnehmung als Motor links der Mitte zu entfalten. Drittens gute und verlässliche Ergebnisse in städtischen Leistungen wie Verkehr, KiTa/Schule und Inneres vorzuweisen sowie viertens, die Rolle als jeweilige „Stadtteil-Partei“ zu halten und dafür wieder deutlich sichtbarer zu werden. Die Ergebnisse wurden in einem Auswertungspapier zusammengefasst, das ihr auch noch einmal diesem Bericht entnehmen könnt.

Der Anspruch, die Bremer SPD wieder stärker mit konkreten sozialen Verbesserungen vor Ort erlebbar zu machen, wurde bereits in die Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Auch deswegen wurde sich für eine Beteiligung der Unterbezirke in Person ihrer Vorsitzenden entschieden. Der Koalitionsvertrag ist hinreichend bekannt gemacht worden, lasst mich an dieser Stelle nur einen Erfolg nennen: die Absenkung der Schwimmbadpreise auf 1 € für alle unter 16 Jahren seit 1. Januar 2020 ist ein Beispiel für konkrete soziale Verbesserung vor Ort. Für viele Familien, gerade wenn sie sich den Sommerurlaub nicht leisten können, ist das eine handfeste wirtschaftliche Verbesserung. Für viele Kinder und Jugendliche bedeutet es mehr Teilhabe. Für viele Stadtteile bedeutet es mehr Miteinander. Lasst uns darüber nicht nur innerlich freuen, lasst uns das im neuen Jahr auch bei den Menschen dieser Stadt bewerben!

Als weitere Konsequenz haben verschiedene Ortsvereine des Unterbezirks auch eine größere Ortsnähe von der Fraktion eingefordert. Die neue Fraktion hat daraufhin Zuständigkeitsregelungen für Ortsvereine und Beiräte beschlossen. Aus den Stadtteilen ist zu hören, dass Sprecher\*innen und Beiräte verstärkt im Team arbeiten, was uns freut. Die Gründung von Stadtteilbüros in einzelnen Stadtregionen steht zur Entscheidung an. Der Unterbezirk selbst wird das Format „SPD vor Ort“ fortführen. Eine Reihe Ortsvereine haben in diesem Frühjahr bereits wieder zu Quartiersveranstaltungen eingeladen, was zu positiver Resonanz aus der Stadtteilbevölkerung führt.

Für ihre örtliche Schlagkraft haben sich mehrere Ortsvereine positiv zu einer Zusammenlegung geäußert. Der UB-Vorstand hat daraufhin zur Gründung der neuen Ortsvereine Borgfeld/Lehsterdeich sowie Hemelingen/Sebaldsbrück eingeladen. Den neuen Ortsvereinen wünschen wir herzlich alles Gute! Zur übrigen Organisationsentwicklung – Mitglieder- und Kassenlage – verweise ich auf Bericht der Kassiererin Kadriye Pile, der für ihre Arbeit an dieser Stelle sehr herzlich gedankt sei!

Inhaltlich gilt der Anspruch, einerseits sozialdemokratische Kernpositionen weiter zu besetzen (Arbeit, Wohnen, Bildung, Wirtschaft), was insbesondere durch die Fraktion, aber auch durch Initiativen des UB wie den Parteitagebeschluss „Vorfahrt für Bildung“ geschieht. Andererseits sind inhaltliche Positionsbestimmungen teilweise unausweichlich. Unsere Klimaschutz-Kompetenz wurde durch Gründung des neuen Arbeitskreises spürbar bereichert. Auch im Bereich der Mobilitätspolitik für Bremen gab es einen ersten grundlegenden UB-Parteitagebeschluss. In beiden Bereichen sollten weitere folgen.

#### *Mitwirkung an Aufstellung der Bundespartei*

Der Unterbezirk hat sich auch wiederholt an der Aufstellung unserer Bundespartei beteiligt und die Mitglieder zur Meinungsbildung eingeladen. In einem „Forum Bund & Europa“ haben wir thematisches Mitgliederinteresse gesammelt und in verschiedenen Bereichen abgearbeitet, wie etwa im Bereich Klima oder Europapolitik in diesem Bericht schon ersichtlich wurde. Zum künftigen Sozialstaatskonzept hat der UB-

Parteitag im März 2019 in Anwesenheit der Bundesfamilienministerin „Bremer Impulse“ der Bundespartei verabschiedet. Das Sozialstaatskonzept hat der Bundesparteitag Ende 2019 mit erfreulichem Ergebnis beschlossen. Wahlauswertungen zu Landtagswahlen sowie ein Mitgliederangebot zur Stichwahl um den Parteivorsitz rundeten das Angebot ab.

### *Danksagungen*

Neben den in diesem Bericht bereits getätigten Danksagungen soll nicht unerwähnt bleiben, dass eine Partei nur vom Mitmachen lebt und vor allem ein Unterbezirk nicht nur in Form seines kleinen Vorstands aktiv sein kann. Ich möchte allen danken, die an Demonstrationen zum 1. Mai, für Klimaschutz oder bei „Bremen zeigt Gesicht“ teilgenommen haben, an den Osteraktionen, an unseren Gemeinschaftsaktivitäten Sommerfest und „Bremens sozialster Kohltour“ – es hat zusammen großen Spaß gemacht.

Danken möchte ich den Organen des Unterbezirks jenseits des Vorstands: den Revisor\*innen, den Mitgliedern der Mandats- und der Schiedskommission. Die Schiedskommission konnte bereits vor einiger Zeit von der Mandatskommission den Titel „am seltensten tagendes Organ des Unterbezirkes“ erringen. Auch in dieser Wahlperiode brauchte die Schiedskommission nicht tätig werden, was mich ausdrücklich freut.

Schließlich gilt der Dank eurer ganzen Arbeit in den Herzkammern unseres Unterbezirks, unseren Ortsvereinen sowie – wie ihr in den separaten Berichten in diesem Jahrbuch nachlesen könnt – den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen.

Falk Wagner  
Vorsitzender

Anja Schiemann  
Stellv. Vorsitzende

## **1. Vorbereitung**

Ein Wahlkampfteam aus einigen Vorstandsmitgliedern und dem Organisator der gesamten Plakataktionen (einschließlich der Lageraktivitäten) hat den Wahlkampf des Unterbezirks vorbereitet und gesteuert.

Dabei wurden die Vorgaben des LaVo umgesetzt und um diverse Aktivitäten, wie Informationsflugblätter etc. ergänzt.

Im Einzelnen:

### **1. Schulungen**

An den angebotenen Schulungen des UB nahmen ca. 75 Personen teil. Vier Workshops zu folgenden Themen wurden angeboten:

- Homepage für alle Ortsvereine
- Soziale Medien am Beispiel Facebook
- Verhalten und Argumentieren am Infostand und Verhalten bei rechten „Pöblern“/Argumentieren gegen rechts
- Tür-zu-Tür - Wie mache ich das?

Das Engagement der TeilnehmerInnen (in der Mehrheit Frauen) war außerordentlich, so dass es neben den Lernerfolg vor allem auch viel Spaß gemacht hat.

### **2. Parteibüro**

Unsere drei Mitarbeiter im Parteibüro (obwohl für alle der erste Wahlkampf) haben super gearbeitet, allerdings ließ es sich nicht vermeiden, dass die Ortsvereine teilweise zu kurzfristig über Maßnahmen wie z. B. Materialabholung informiert wurden (was u. a. auch an den kurzfristigen Vorgaben der Landesorganisation lag). Wenn es drauf ankam, haben alle drei Mitarbeiter geschuftet.

### **3. Veranstaltungsformat für die Ortsvereine (Mantelveranstaltungen)**

Erstmals wurden den Ortsvereinen vom Unterbezirk vorbereitete Veranstaltungen mit Senator\*innen angeboten. Der Unterbezirk hat Ankündigungsflugblätter und -plakate für die Ortsvereine erstellt und die Termine mit den Senator\*innen koordiniert. Die Ortsvereine haben diese Veranstaltungen gut angenommen.

### **4. Plakatierung**

Die Plakate waren dank der aktiven Beteiligung der Ortsvereine rechtzeitig für Verteilung an die Ortsvereine fertiggestellt. Die Plakate in der Innenstadt wurden erstmals nicht durch einen Dienstleister aufgestellt und betreut. Das Aufstellen der vielen Plakatträger in der Innenstadt konnte nur aufgrund massiver Unterstützung der Jusos sichergestellt werden. Die Pflege der Plakate haben zwei zusätzliche Kräfte des Parteibüros übernommen und hervorragend ausgeführt.

Darüber hinaus haben wir erstmals auch zentral die großen Einfahrtsstraßen mit Plakatträgern versorgt.

Allerdings waren wir im Straßenbild (obwohl wir noch nie so viele Plakatträger draußen hatten) durch die zurückhaltende Farbgebung unserer Plakate und durch Masse der Plakate unserer Konkurrenten unterlegen. Offenkundig haben insbesondere die CDU und die FDP dafür immens viel Geld eingesetzt.

### **5. Informationsstände und Straßenaktionen**

Der Unterbezirk hat freitags und samstags in den letzten Wahlkampfwochen einen zentralen Info-



Stand in der Sögestraße betrieben. Er war zwar immer besetzt, allerdings oft mit zu wenigen Genoss\*innen. Hier hätten wir uns ein größeres Engagement insbesondere der für die Bürgerschaft Kandidierenden gewünscht.

Die Ortsvereine haben neben den üblichen Info-Ständen unterschiedlichste Aktionen in ihren Stadtteilen durchgeführt. Das war toll. Allerdings müssen wir für kreative Aktionen in den Stadtteilen noch mehr Ortsvereine gewinnen. Insgesamt war das Wahlkampfteam mit der Präsenz der Ortsvereine zufrieden.

## **6. Tür-zu-Tür – Aktionen**

Zentral hat der Unterbezirk in wichtigen Quartieren, in denen die zuständigen Ortsvereine keine TzT-Aktionen organisiert haben, die Aktionen geplant und durchgeführt. Für diese Aktionen hätten wir noch mehr Teilnehmer\*innen gebraucht. Auch hier hätten wir uns mehr Engagement der Kandidierenden gewünscht.

Einige Ortsvereine haben TzT-Aktionen in ihren Ortsvereinsgebieten systematisch durchgeführt. Das war aus unserer Sicht ein toller Erfolg.

## **7. Social-Media (Facebook)**

Schnell, inhaltsstark, kreativ, das war der Unterbezirk im Wahlkampf. Die Verantwortlichen haben einen herausragenden Job gemacht. Sie wurden unterstützt durch eine dafür eingerichtete „WhatsApp-Gruppe“, die als Task Force für den Social-Media-Bereich sehr erfolgreich war. Für die Unterbezirksebene war das ein sehr hohes Niveau.

## **8. Fairnessregeln**

Die Fairnessregeln des Unterbezirks wurden von gut 90 % der Kandidierenden eingehalten. Beschwerden gab es v.a. über Flyerverteilung in fremden Stadtteilen sowie über Zeitungsanzeigen/-beilagen. Die Fairnessregeln sollten künftig die Zuständigkeitsbereiche für Plakatierung klar festlegen.

## **9. Fazit**

Der Unterbezirk hat einen sehr engagierten Wahlkampf gemacht. Die Vorgaben der Landesorganisation wurden erfüllt. Hervorzuheben ist, dass auch viele eigene, zusätzliche Aktionen und Ideen des Unterbezirks (z. B. das Gewoba-Flugblatt) und der einzelnen Ortsvereine ausgeführt wurden. Die Kampagnenfähigkeit des Unterbezirks und der Ortsvereine ist deutlich gestiegen. Die Jusos haben neben ihren eigenen Wahlkampfaktivitäten mit immensem Einsatz den Unterbezirk erfolgreich unterstützt (u. a. Plakate rausstellen, Zentraler Info-Stand). Einzelne Genoss\*innen waren über das normale Maß hinaus aktiv.

Allerdings gibt es auch noch Luft nach oben: Die Kommunikation mit den Ortsvereinen (Campaigner) ist deutlich zu verbessern. Die Wahlkampfleitung ist auf Rückmeldungen der Ortsvereine, die leider nicht immer erfolgt sind, und häufig nicht zeitnah, angewiesen.

Und zu guter Letzt: Unsere Zielgruppenansprache kann noch verbessert werden. Dazu sollten wir im Vorfeld des nächsten Wahlkampfes einen Workshop durchführen.

## **10. Anregungen für die Zukunft**

- Die unterschiedliche Strukturstärke der Ortsvereine ist deutlich geworden. Hier müssen wir stärker zentral steuern bzw. dafür sorgen, dass Nachbarortsvereine z. B. gemeinsame Aktionen planen.
- Die Lage des Parteibüros und die Räumlichkeiten sind ungeeignet für Wahlkämpfe (Anfahrt für Abholung, Lagerung von Material etc.).

- Wir sollten Best-practice-Beispiele der Ortsvereine sammeln und alle Ortsvereine darüber informieren und gemeinsam Aktivitäten planen.

Reinhold Wetjen  
Wahlkampfbeauftragter

## TERMINBERICHT

10. Februar 2018

Kohltour

---

17. März 2018

UB-Parteitag

---

24. – 31. März 2018

Osteraktionen

---

05. Mai 2018

Klausur des Unterbezirk Bremen-Stadt

---

31. Mai 2018

Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen und Wahlkampfplanung

---

01. Juni 2018

Politisches Forum

---

16. Juni 2018

UB-Parteitag, Wahl der Mandatskommission

---

22. April – 24. Juni 2018

Basisnominierungen der OV'S und AG's

---

06. August – 09. September 2018

Mandatskommission

---

10. September 2018

OV/AG-Vorsitzenden Konferenz

---

22. September 2018

UB-Parteitag, Listenvorschlag zur Bürgerschafts- und Europawahl

---

24. September 2018

OVV-Konferenz

---

13. – 28. September 2018

Wahl der Delegierten in den Ortsvereinen für die Wahlbereichskonferenz zur Aufstellung der Listen zur Bürgerschaftswahl und für die Landeskonzferenz zur Europawahl 2019

---

15. Oktober 2018

Sitzung der Wahlkampfleitung

---

25. Oktober 2018

Veranstaltung, SPD-erneuern

---

27. Oktober 2018

Wahlbereichskonferenz zur Aufstellung der Liste zur Bürgerschaftswahl

---

30. Oktober 2018
Mitgliederkonferenz
07. November 2018
Kandidierenden Konferenz
22. Oktober – 30. November 2018
Wahl der Kandidierenden zur Wahl der Beiräte
05. Dezember 2018
Außerordentliche Vorstandssitzung
17. Dezember 2018
Workshop Frauenförderung
26. Januar 2019
Campaign Camp und Wahlkampfkonferenz
09. Februar 2019
Kohltour
11. Februar 2019
Workshop „Homepage für alle Ortsvereine“
03. März 2019
Workshop: Verhalten und Argumentieren am Infostand
09. März 2019
UB-Parteitag
18. März 2019
Sitzung der Wahlkampfleitung
19. März 2019
Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen
23. März 2019
Workshop „Tür-zu-Tür – Wie mache ich das?“
30. März 2019
Start der Plakatierung
26. April 2019
Wahlkampfauftakt
16. Mai 2019
Bürgerschaftswahl- und Europawahl
08. – 21. Mai 2019
Tür-zu-Tür Aktion

24. Mai 2019
Großkundgebung: "Kommt zusammen für Bremen und Europa"
26. Mai 2019
SPD-Wahltreff
27. Mai 2019
Landes-Funktions- und Mandatsträger*innen-Konferenz
16. August 2019
Sommerfest
24. August 2019
UBV-Klausur
21. September 2019
UB-Parteitag
14. Oktober 2019
Workshop „Neue SPD“
19. Oktober 2019
Seminar „Neue Beiräte“
12. November 2019
Workshop „Frauenförderung“
27. November 2019
Neumitgliedertreffen
04. Dezember 2019
„Einfach Einsteigen“

Aufgeführt wurden die mindestens parteioffenen Termine des UB und politisch wichtige Vorstandsberatungen. Weitere Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise sind den dortigen Berichten zu entnehmen. Der Vorstand hat im Grundsatz ca. 1x im Monat mit seinen ständigen Gästen aus den Arbeitsgemeinschaften getagt.

Zu Beginn des Berichtszeitraums am 01.01.2018 lag das Vermögen des Unterbezirks bei 81.561,87 €. Am 31. Dezember 2018 betrug das Vermögen 96.655,97 € und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 weist einen Vermögensstand von 42.229,77 € aus.

Aufgrund einer soliden Haushaltsführung des Unterbezirks konnten zunächst notwendige Rücklagen zur Finanzierung des Bürgerschaftswahlkampfes und auch für Wahlkämpfe in den kommenden Jahren gebildet werden. Verglichen mit dem vorangehenden Berichtszeitraum sind die Beitragsanteile entgegen der Erwartung stabil geblieben.

In den Berichtsraum 2018/2019 fiel der Bürgerschaftswahlkampf im Jahr 2019, bei dem erstmals auch für die Bürgerschaftswahl der Unterbezirk die gesamte Plakatierung geplant und umgesetzt hat sowie das Material für die Ortsvereine besorgt hat. Die Entscheidung für die Kampagne und damit einhergehend die Beauftragung bestimmter Dienstleister ist von der LO vorgegeben worden. Die Ausgaben des Unterbezirks für den Bürgerschaftswahlkampf lagen bei insgesamt 126.214,11 € für die Jahre 2018 und 2019. Hierin sind auch die Auslagen für das Wahlkampfmaterial der Ortsvereine sowie Zuschüsse an die LO für Personalkosten und Sonstiges betrachtet. Abzüglich der Einnahmen für die nur verauslagten Wahlkampfmaterialien von Gliederungen i.H.v. 24.192,34 €, verblieben Kosten in Höhe von insgesamt 102.021,77 €, die der UB für den Bürgerschaftswahlkampf aufgewendet hat. Diesen Kosten konnten Einnahmen aus Spenden i.H.v. 1.700,- € von natürlichen Personen und 298,57 € aus Tellersammlungen sowie Zuschüssen anderer Gliederungen i.H.v. 17.000,- € entgegengesetzt werden.

Der Unterbezirk finanzierte insbesondere folgende Maßnahmen im Rahmen des Bürgerschaftswahlkampfes:

- Fotoshooting für die Kandidatenbilder: 9.850,-
- Kosten für Plakate, Flyer und Visitenkarten: 36.505,06
- Wahlkampfauto (Miete, Beschriftung, Sprit, Parkgebühren): 4.123,12 €
- Plakatierungsarbeiten: 3.283,07 € (Erstbeklebung der Plakate, Roll out und Roll in, der Plakate mit Mietfahrzeugen, Material, Verpflegung und Lager und Entsorgungskosten).
- Rosen für den Tür-zu-Tür Wahlkampf: 6.490,62,-€
- Gebühren für Infostände der Ortsvereine und des Unterbezirks: 5.389,00 € + 870,00 € für die Großflächenplakate, also insgesamt: 6.259,00 €
- Zentraler Infostand: 4.558,10 €
- Ausstattung zentraler Infostand und sonstige Wahlkampf Give-Aways: 8.949,96 €
- Plakatpflege Innenstadt: 6.478,10
- Wahltaxi: 863,76,- € (Anzeige 730,96 € und Versicherung 132,80):
- Jungwählerinnenbrief (Melderegisterauskunft, Druck und Porto): 7.640,00 €

Positiv erwähnen und bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den finanzstarken Ortsvereinen, die sich mit freiwilligen Zuschüssen am Bürgerschaftswahlkampf beteiligt haben.

Weitere Schwerpunktaktivitäten im Berichtszeitraum im Bereich der politischen Arbeit waren:

- Durchführung der Unterbezirksparteitage
- Durchführung von Funktionärskonferenzen
- Durchführung von Parteikonferenzen
- Durchführung der Veranstaltungen unserer Kampagne „Bremen wächst. Zusammen.“
- Erarbeitung eines Rahmenprogramms für Mantelveranstaltungen, was erneut dazu geführt hat, dass der Parteivorstand den UB mit einem Zuschuss aus dem Innovationsfonds gefördert hat (1000,- €), was der UB den Ortsvereinen für die Mantelveranstaltungen zur Verfügung stellt
- Verschiedene Veranstaltungen des Arbeitskreises soziale Stadtentwicklung
- Einrichtung eines AK Klima & Umwelt
- Jährliche Neumitgliedertreffen, Sommerfeste und Kohltouren

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Helfern, die bei der Plakatierung sowie beim Ausbringen und Einbringen der Plakate geholfen haben. Ebenso bei den Kassiererinnen und Kassierern der Ortsvereine für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Kadriye Pile  
Schatzmeisterin

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 1

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2018

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.12.2018

<b>1. Einnahmen:</b>		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	52.947,00
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	1.265,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	1.265,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,00
2600	Einn. a. Verantst. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	0,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	22.039,80
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
<b>Summe der Einnahmen</b>		<b>76.251,80</b>
<b>2. Ausgaben</b>		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	11.947,83
4110	Allgemeine Verwaltung	10.072,83
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	1.875,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	29.738,10
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	4.503,15
4330	Landtagswahlkampf	981,59
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	13.987,03
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
<b>Summe der Ausgaben</b>		<b>61.157,70</b>

\*Alle Mandatsträger und Spender und sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

\*\* Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2018

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.12.2018

<b>3. Vermögensrechnung</b>		<b>01.01.2018</b>	<b>31.12.2018</b>
<b>0100</b>	<b>Gegenstände des Anlagevermögens</b>		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 190637102	81.455,66	96.592,68
1023	Sparbuch Nr. 38671798	63,29	63,29
1024	PayPal Konto	42,92	0,00
1031	SEB Kto.1282571900	0,00	0,00
	<b>Summe Bankkonten</b>	<b>81.561,87</b>	<b>96.655,97</b>
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	<b>Summe Beteiligungen an Unternehmen</b>		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	<b>Summe Sonstige Finanzanlagen</b>		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	<b>Summe Forderungen an Gliederungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Forderungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	<b>Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern</b>		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		0,00
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1700	Rückstellungen		
	<b>Summe Rückstellungen</b>		
	<b>Vermögensbestände insgesamt</b>	<b>81.561,87</b>	<b>96.655,97</b>
<b>Abstimmung</b>	Summe der Geldbestände am 01.01.:	81.561,87	81.561,87
	+ Einnahmen :	76.251,80	76.251,80
	Zwischensumme :	157.813,67	157.813,67
	- Ausgaben :	61.157,70	61.157,70
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	96.655,97	96.655,97
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 3

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2018 bis 31.12.2018

### 4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

**Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen** (Besitz- oder Schuldposten)

**Weiteres Vermögen** ist auf anliegendem Blatt mit \_\_\_\_\_ Euro aufgeführt.

**Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro** je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

### 5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2018 betragen 96.655,97 Euro.

Ort, Datum:

HB 29/3/2018

Unterschriften

Kassierer/in:

*Handwritten signature*

Vorsitzende/r:

*Handwritten signature*

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen

*Handwritten signature*

und

*Handwritten signature*

Revisoren

*Handwritten signature*

\* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

**Rechenschaftsbericht für das Jahr 2019**

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

<b>1. Einnahmen:</b>		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	51.009,55
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	1.998,57
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	1.700,00
	2220 Spendensammlungen	298,57
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,00
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	0,00
2700	Zuschüsse von Gliederungen	36.075,00
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>89.083,12</b>
<b>2. Ausgaben</b>		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	10.451,61
4110	Allgemeine Verwaltung	8.951,61
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	1.500,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	17.642,30
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	94.506,33
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	20.909,08
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	0,00
	<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>143.509,32</b>

\*Alle Mandatsträger und Spender und sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

\*\* Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

## Rechenschaftsbericht für das Jahr 2019

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

<b>3. Vermögensrechnung</b>		<b>01.01.2019</b>	<b>31.12.2019</b>
<b>0100</b>	<b>Gegenstände des Anlagevermögens</b>		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 190637102	96.592,68	42.166,48
1023	Sparbuch Nr. 38671798	63,29	63,29
1024	PayPal Konto	0,00	0,00
	<b>Summe Bankkonten</b>	<b>96.655,97</b>	<b>42.229,77</b>
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	<b>Summe Beteiligungen an Unternehmen</b>		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	<b>Summe Sonstige Finanzanlagen</b>		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	<b>Summe Forderungen an Gliederungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Forderungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	<b>Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	<b>Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern</b>		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten		0,00
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	<b>Summe Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
1700	Rückstellungen		
	<b>Summe Rückstellungen</b>		
	<b>Vermögensbestände insgesamt</b>	<b>96.655,97</b>	<b>42.229,77</b>
<b>Abstimmung</b>			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:	96.655,97	96.655,97
	+ Einnahmen:	89.083,12	89.083,12
	Zwischensumme:	185.739,09	185.739,09
	- Ausgaben:	143.509,32	143.509,32
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	42.229,77	42.229,77
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2019

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit \_\_\_\_\_ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2019 betragen 42.229,77 Euro.

Ort, Datum: Bremen | 25.02.2020

Unterschriften

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Kassierer/in: [Signature]

Revisorinnen [Signature]

Vorsitzende/r: [Signature]

und \_\_\_\_\_

Revisoren [Signature]

\* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Der UB-Vorstand hat es sich zur wichtigen Aufgabe gemacht, die Zusammenarbeit mit den Beiräten zu intensivieren. Dazu wurde auch ein Vorstandsmitglied als Schnittstelle zu den Beiräten benannt.

In der Zeit vor der Wahl 2019 hat der UB ein Mentoring Programm durchgeführt, in dem Mitglieder aber auch anderen Interessierten die Arbeit in den Beiräten dargestellt wurde. Es sollte Lust darauf gemacht werden, die Stadtteilarbeit näher kennenzulernen.

Viele Menschen interessieren sich für die Politik vor Ort, dennoch fällt es häufig schwer, Zugänge zu finden. Da bereits viele Menschen sich im Stadtteil engagieren, in den Vereinen, KiTa`s, Schulen etc. wollten wir mit dem Programm bewirken, dass die Menschen sich einmischen. Politisches Engagement ist die Grundlage für eine funktionierende Gemeinschaft. Einmischen tut gut! Es sollte gezeigt werden, dass der Austausch untereinander die Arbeit im Stadtteil erleichtert und Spaß macht.

Im Wesentlichen bestand das Programm „Mach mit im Stadtteil“ aus drei Teilen:

- 1.** Auftakt und Impulsveranstaltungen
  - Grundlagen der Beiratsarbeit
  - Sozialer Zusammenhalt
  - Kernpositionen der SPD
  - Beteiligung und Vernetzung im Stadtteil
- 2.** Besuch im Parlamentsausschuss Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte sowie Besuch der Beirätekonferenz
- 3.** Rathausführung und Abschluss

33 Mentees hatten sich für das Programm angemeldet. Jede(r) Mentee hatte auch eine(n) Mentor\*in im Stadtteil. Als Highlight wurde noch eine Mitfahrt nach Berlin zu unserer Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski ermöglicht.

Einige der Mentees sind dann auch in den Beirätewahlkampf eingestiegen und haben mit für unsere Sache an den Ständen gekämpft.

Nach den Wahlen sind viele neue Beiräte und sachkundige Bürger gewählt worden. Nicht alle konnten am Mentoring teilnehmen, sodass der UB-Vorstand eine Beiratsklausur organisierte. Eingeladen waren hier vor allem neu gewählte, noch in der Beiratsarbeit unerfahrene Genoss\*innen.

Um Möglichst viele zu erreichen wurde die Veranstaltung an einem Samstag durchgeführt und folgende Tagesordnungspunkte diskutiert:

- 1.** Einblicke in die Stadtteile – Identifizierung, kennen der Besonderheiten vor Ort in Bezug auf Geografie, Geschichte und Hetero- bzw. Homogenität der Ortsteile
- 2.** Grundlagen der Beiratsarbeit
  - a. Beirätegesetz
  - b. Beteiligungs- und Entscheidungsrechte
  - c. Geschäftsordnung
  - d. Richtlinien

- e. Fachausschüsse
- f. Beirätekonferenz
- g. Ehrenamtliche Tätigkeiten – Sitzungsgelder – Finanzamt
- h. Globalmittel
- i. Stadtteilmittel

**3.** Wie funktioniert Beteiligung und Vernetzung im Stadtteil

- a. Quartiersforen
- b. Kinder- und Jugendforen
- c. Controllingausschüsse
- d. Seniorenvertretungen
- e. Zusammenarbeit mit KiTa's, Schulen, Kultureinrichtungen, Freizeitseniorenbegegnungszentren, der Wirtschaft etc.

**4.** Weiter Themen waren:

- a. Zusammenarbeit mit anderen Beiräten
- b. Arbeitsgemeinschaften im Stadtteil
- c. Senatskanzlei
- d. Beteiligung der Bürger
- e. Jugendbeteiligung

An dem Klausurtag haben sich über 25 Genoss\*innen beteiligt. Als Referenten konnten wir einen Quartiersmanager aus dem Schweizer Viertel gewinnen.

Stefan Markus  
Beirätebeauftragter

## MITGLIEDERSTRUKTUR IN 2018/19

Die Zahl der Mitglieder ist in Bremen-Stadt in den letzten beiden Jahren stagniert. Am 31.12.2019 waren im Unterbezirk 2797 Mitglieder. Diese Stagnation ist zwar nicht ideal, jedoch aufgrund der Altersstruktur vorsichtig positiv zu bewerten. Von diesen Mitgliedern sind 1819 (65,03%) männlich und 978 (34,97%) weiblich. Etwas knapp mehr als die Hälfte sind über 60 Jahre (52,02%), der Altersdurchschnitt betrug 59 Jahre. 2019 gab insgesamt 109 Neuzugänge, von denen wiederum 74 männlich und 35 weiblich waren. 2018 hingegen sind 218 Personen eingetreten. Abgänge gab es in diesem Jahr insgesamt 225, von denen 179 ausgetreten sind und 46 verstorben.

### Tätigkeiten des (Neu-)Mitgliederbeauftragten

Neben den Ortsvereinen – die die Betreuung der (Neu-)Mitglieder primär übernehmen – und der Landesorganisation, die in regelmäßigen Abständen Informationsveranstaltungen für Neumitglieder organisiert hat, hat der Unterbezirk zwei Veranstaltungsformate, die seit Jahren praktiziert werden:

- Neumitglieder wurden 2x jährlich im Rahmen von Veranstaltungen angesprochen. Diese fanden im Frühjahr jeweils mit einem Neumitgliederfrühstück statt. Hier ging es insbesondere darum, die Strukturen der SPD zu erklären, Fragen zu beantworten, Kritik entgegenzunehmen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Teilgenommen haben, wie in den Jahren zuvor auch schon, zwischen 20 und 40 Personen.
- Darüber hinaus fand Mitte des Jahres eine Rathausführung mit dem Bürgermeister statt. Auch hier ging es primär darum, miteinander ins Gespräch zu kommen. Teilgenommen haben rund 40 Personen. Die Rathausführung 2018 konnte bislang leider nicht stattfinden, soll aber in den nächsten Monaten möglichst nachgeholt werden.

Ein Thema, das in den letzten Jahren immer wieder eine Rolle spielte, ist der Informationsfluss zu Neumitgliedern. Oft wird von Neumitgliedern beklagt, dass es zu sehr von den einzelnen Ortsvereinen abhängen würde, ob sie Informationen über Möglichkeiten zum Engagement erhalten. Für Angebote auf Unterbezirksebene wird mit dem Newsletter hingewiesen, was bei vielen Neumitgliedern positiv aufgenommen wird.

Darüber hinaus gab es noch zahlreiche Anfragen von Ortsvereinen und einzelnen Mitgliedern, die stets zeitnah beantwortet wurden. Einige Ortsvereine haben auch die Möglichkeit genutzt, den Mitgliederbeauftragten in ihre Neumitgliedertreffen einzuladen.

Ali-Aygün Kilincsoy  
Mitgliederbeauftragter



## BERICHT DES INTERNETBEAUFTRAGTEN

In dem folgenden Bericht will ich den Genossinnen und Genossen einen kurzen Einblick über die Aktivitäten in den vergangenen knapp 24 Monaten geben.

Als erstes habe ich mir einen Überblick über die vorhandene Internetseite und die Social-Media-Aktivitäten geschaffen, danach habe ich einen Vorschlag ausgearbeitet der eine Neugestaltung der Homepage und die Optimierung der Facebookseite beinhaltet hat.

Die Internetseite wurde dann federführend von Marco Höppner aus dem Parteibüro, in Abstimmung mit Falk Wagner und mir neu aufgesetzt.

Hierbei wurde folgendes umgesetzt:

- Neues modernes Design
- Deutsche Server für die Homepage
- Niedrigere Hosting Gebühren
- Einfachere und schnellere Pflege von Texten, Bildern etc. (Kostensparnis)
- Layout im Stil der LO Seite

Bei der Facebookseite der UB-Stadt lag mein Hauptinteresse einerseits darin die Frequenz der Beiträge zu erhöhen und andererseits die Reichweite der Seite signifikant zu verbessern. Beides ist in den letzten zwei Jahren sehr gut gelungen.

Höhepunkt war hier sicherlich der Monat vor der Bürgerschaftswahl mit einer Beitragsreichweite von über 50.000 Kontakten.

Thematisch wurden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- SPD lokal
- SPD Bundespolitik
- Liveschaltungen von UB und Landesparteitag, 1.Mai Demo, sonstige öffentliche Veranstaltungen, Nominierungen etc.
- Live Interviews (z.B. Andreas Bovenschulte, Falk Wagner)
- SPD Historie (Willy Brandt, Helmut Schmidt)
- Historische Jahrestage
- Wahlkampf
- Hinweis auf Veranstaltungen
- Döntjes

Der Weser-Kurier hat übrigens im Jahr 2019 vor der Bürgerschaftswahl der Facebookseite UB-Stadt bescheinigt die aktivste und an der stärksten wachsenden Seite in Bremen zu sein.

Seit einem Jahr wird auch der Instagram Account verstärkt von mir bespielt, dies mit langsameren aber auch stetigen Erfolg.

Weiterhin habe ich erfolgreiche Schulungen im Bereich Facebook, Gestaltung Homepage (Danke an Jörn Hendrichs) gegeben und stand den Ortsvereinen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

Bedanken möchte ich mich bei allen Genossinnen und Genossen die mich dabei unterstützt haben und meinen Mitstreiter\*innen aus dem Vorstand UB-Stadt. Danke, ihr seid prima!

Alexander Keil  
Internetbeauftragter

### BERICHT DER JUNGSOZIALIST\*INNEN IN DER SPD (JUSOS)

Die Arbeit der Jusos Bremen-Stadt folgte in den Legislaturen 2018 und 2019 dem Anspruch, Neues auszuprobieren und nicht nur in bestehenden Strukturen zu verharren. Grundlage der politischen Arbeit waren weiterhin die öffentlichen Mitgliederversammlungen im Zwei-Wochen-Rhythmus zu unterschiedlichen aktuellen und grundsätzlichen Themen mit Politikbezug. Die von Mitgliedern erarbeiteten thematischen Schwerpunkte werden neuerdings ergänzt um eine „feministische Viertelstunde“ am Anfang, bei der jedes Mal ein feministisches Thema diskutiert wird. Eingeladen wurden zudem regelmäßig externe Gäste, beispielsweise von der Bremer Tafel, dem Jugendwerk der AWO oder Persönlichkeiten wie Henning Scherf.

Um als Jusos auch in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden und den Mitgliedern eine Alternative zur MV zu bieten, wurde eine Bandbreite von Veranstaltungen und Aktivitäten organisiert. Darunter mittlerweile zwei Soziale Stadtführungen zu Obdachlosigkeit in Bremen mit der Inneren Mission, inklusive einer späteren Podiumsdiskussion mit Expert\*innen zusammen mit dem OV PeSt. Hinzu kamen Besuche in der Bremer Synagoge, im U-Boot-Bunker „Valentin“ mit fast 50 Teilnehmer\*innen, Werkführungen bei Mercedes, Besuche von Debatten in der Bürgerschaft mit anschließender Diskussion mit Abgeordneten oder ein Besuch beim NABU Bremen. Eigene öffentliche Diskussionen mit externen Referent\*innen wurden zur Bremer Räterepublik, zur Rechten Szene in Bremen oder zur Situation der Pflege in Bremen organisiert.

Abseits der eigenen Arbeit haben die Jusos Bremen-Stadt wiederholt an der Nacht der Jugend im Rathaus (inklusive eines eigenen Stands mit einer neuen Button-Maschine) und bei „Bremen räumt auf“ in Gröpelingen teilgenommen. Dazu kamen Angebote abseits der politischen Arbeit wie gemeinsame Besuche des Christopher Street Days, der Breminale, des Sommerfests Vorstraße oder des Freimarkts.

Zur innerverbandlichen Bildungsarbeit wurden u.a. mehrere Lesekreise (zu Antifaschismus, Feminismus und Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert) organisiert, jeweils mit einer selbst erstellten Sammlung aktueller und grundlegender Texte, die gemeinsam diskutiert wurden.

Zur Weiterentwicklung des Verbandes ist ein eigenes Seminar durchgeführt worden, inklusive einer Analyse der Mitgliederstruktur hinsichtlich Altersstruktur, Mitgliederentwicklung oder Verteilung nach Stadtteilen als Grundlage für zukünftige Wahlkampfaktionen und Konzentration der politischen Aktivitäten. Zudem wurde für neue Mitglieder ein Reader erstellt, der Informationen zu den Jusos Bremen, eine Übersicht über Möglichkeiten sich einzubringen und praktische Hinweise und Kontakte enthält. Darüber hinaus wurden testweise an neue Mitglieder Briefe mit persönlichem Anschreiben, einem Exemplar des Readers und allgemeinem Informationsmaterial verschickt. Zur Begrüßung neuer Mitglieder wurden außerdem regelmäßige Aktionen wie gemeinsames Grillen angeboten.

In die Legislaturen fielen mehrere Wahlkämpfe zu Europawahl und Bürgerschaftswahl in Bremen, zu denen die Jusos einen eigenständigen Jugendwahlkampf mit eigenen Materialien und zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen organisiert haben. Zudem wurde auch der Parteiwahlkampf maßgeblich von den Jusos mitgetragen. Auch größere Kampagnen wie jene zur Fortsetzung der Großen Koalition wurden von den Jusos durchgeführt.

Hinzu kamen zahlreiche Anträge für Parteitage des Unterbezirks, mit denen die Jusos Themen für junge Menschen auch immer wieder in der Partei Gehör verschafft haben.

Mirko Kruse  
Vorsitzender

## BERICHT DER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMER (AFA)

In den vergangenen beiden Jahren hat der offene UB-Vorstand Bremen Stadt regelmäßig, ca. 10-mal im Jahr, getagt und sich insbesondere mit aktuellen Themen aus Bremer Betrieben beschäftigt. Dabei ist es uns gelungen wieder Kontakte zu zahlreichen Betriebsräten in Bremen herzustellen.

Leider ist festzustellen, dass eine SPD-Mitgliedschaft von Betriebsräten in der Belegschaft oft kritisch gesehen wird, weswegen Betriebsräte oft nicht offen über ihre SPD-Mitgliedschaft sprechen. Das wollten und wollen wir ändern.

Im Berichtszeitraum haben wir eng mit der AfA-Landesorganisation zusammengearbeitet und verschiedene Veranstaltungen angeboten – auch in Vorbereitung zur Bürgerschaftswahl. Mit thematischen Forderungen haben wir uns in die Programmdebatte eingebracht, eigene Wahlkampfaktivitäten in Betrieben durchgeführt und einen eigenen Wahlflyer mit Arbeitnehmerthemen erstellt und verteilt. Wir freuen uns, dazu beigetragen zu haben, dass bei der Bürgerschaftswahl wieder etliche Betriebsräte und Gewerkschafterinnen für eine Kandidatur für die SPD-Liste zur Verfügung standen und „Gesicht gezeigt“ haben. Leider war das Wahlergebnis für die SPD nicht so, wie erhofft. Wir wollen Konsequenzen aus dem Ergebnis ziehen und unsere Strukturen weiter modernisieren, um mühselige, sich oft wiederholende Debatten zu reduzieren und dafür enger an Belegschaften heranzurücken.

Angelo Caragiuli  
Vorsitzender

## BERICHT DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Im Februar 2018 hat die Jahreshauptversammlung der ASF den Vorstand, bestehend aus Shantha Chaudhuri (Vorsitzende), Annika Barlach (stellvertretende Vorsitzende) und Laura Luhede (Schriftführerin), bestätigt. Als Beisitzerinnen wurden Ruken Aytas, Sabine Bomeier, Katharina Riebe, Anja Riemer und Angela Stoklosinki gewählt.

Die ASF Vorstandssitzungen fanden regelmäßig an jedem zweiten Donnerstag im Monat statt und waren ausdrücklich für alle interessierten Genossinnen und Frauen außerhalb der Partei geöffnet. Bei unseren Diskussionen hat sich gezeigt, dass Gleichstellungspolitik ein Querschnittsthema ist, das viele gesellschaftliche Bereiche betrifft. Exemplarisch seien folgende Themen genannt, mit denen wir uns befasst haben: Abschaffung des §219a StGB, Entgelttransparenzgesetz, Hebammengesetz, Paritätsgesetz. Zusammen mit den Jusos und dem UB-Vorstand konnten wir auf dem UB-Parteitag im September 2018 erfolgreich einen Antrag zur „Frauenförderung bei der Listenaufstellung und in der Partei“ einbringen. Auf Grundlage dieses Antrags hat der UB-Vorstand im Dezember 2018 einen Workshop zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Satzungsänderung abgehalten. Der daraus resultierende Antrag zur Satzungsänderung wurde auf dem UB-Parteitag im März 2019 erfolgreich und mit großer Mehrheit verabschiedet. Ein zweiter Workshop im November 2019 befasste sich mit den konkreten Fragestellungen nach Frauenförderung in allen ehren- und hauptamtlichen Bereichen der SPD. Die dort erarbeiteten Vorschläge und Maßnahmen sind nun von den verantwortlichen Personen und Gliederungen umzusetzen.

Seit 2014 organisiert die ASF jedes Jahr zum Internationalen Frauentag eine Filmvorführung im Kino City 46. Im Jahre 2018 war dies der Film „Hidden Figures“ und im Jahre 2019 der Film „Battle of the Sexes“. Die Filmvorführungen waren in beiden Jahren gut besucht und sind ein erfolgreiches Format, um Genossinnen und externe Frauen zwanglos miteinander zu vernetzen. Selbstverständlich war die ASF am Internationalen Frauentag auch mit einem eigenen Stand bei der zentralen Veranstaltung im Rathaus vertreten. Anlässlich des

100 jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts haben wir den Film „Sternstunde Ihres Lebens“ gezeigt, der sich mit der Entstehung des Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz befasst.

Im Rahmen des ASF Neujahrsauftakts 2018 und 2019 waren wir zu Gast beim Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktion Björn Tschöpe. Genossinnen und interessierte Nichtmitglieder hatten dabei die Gelegenheit, die gleichstellungspolitischen Sprecherin Sybille Bösch und die gesundheitspolitischen Sprecherin der Steffi Dehne kennenzulernen.

Am 17. Mai 2019 fand der ASF Aktionstag zur Europa- und Bürgerschaftswahl statt. Als Gast konnten wir dazu die ASF Bundesvorsitzende und Europaabgeordnete Maria Noichl im Rahmen ihrer deutschlandweiten Frauenmobilisierungstour begrüßen. Neben einem Treffen mit dem Vorstand des Hebammenverbandes Bremen, standen ein Besuch bei der damaligen Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Antje Grotheer und eine exklusive Führung im Paula Modersohn-Becker-Museum auf dem Programm. Abgerundet haben wir den Tag mit diversen Straßenwahlkampfaktionen in der Innenstadt.

Auf der ASF Bundeskonferenz 2018 in Saarbrücken wurde Shantha Chaudhuri wieder als Beisitzerin in den ASF Bundesvorstand gewählt und hat regelmäßig an den Sitzungen des ASF Bundesvorstandes teilgenommen. Die ASF war mit ihren Delegierten ebenfalls regelmäßig auf den Gesamtvorstandssitzungen des Bremer Frauenausschusses (BFA) vertreten. Katharina Riebe wurde 2019 als ASF Kandidatin zur stellvertretenden Vorsitzenden des BFA gewählt.

Abschließend möchte ich mich im Namen des ASF Vorstandes noch bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die unsere Arbeit in den letzten Jahren aktiv unterstützt haben.

Shantha Chaudhuri  
Vorsitzende

## BERICHT DER ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS (AG60+)

Die AG 60plus hat sich im Berichtszeitraum – neben der auf das Regierungsprogramm gerichteten Arbeit – insbesondere mit drei Themen befasst.

Sie hat erstens die Problematik der nachhaltigen Sicherung der Bezahlung mit Bargeld aufgegriffen. Hierzu wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, mit der das Thema an den Senat adressiert werden soll. Am „Tag der älteren Generation“ im Oktober 2018 stieß dies Thema auf große Resonanz. Es konnten viele Unterschriften gewonnen werden, mit denen zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Versorgung und Bezahlung mit Bargeld gerade bei der älteren Generation einen hohen Stellenwert genießt. Über die Hintergründe und die treibenden Akteure einer Abschaffung des Bargeldes wurde zudem mit einem ausgewiesenen Experten - dem Journalisten Nobert Häring vom HANDELSBLATT – eine gut besuchte öffentliche Veranstaltung im Haus der Wissenschaft durchgeführt.

Im Frühjahr 2018 hat die AG 60plus zweitens das Thema Grundrente aufgegriffen und hierzu eine Informationsaktion mit Flugblättern (u.a. am 1. Mai) sowie eine öffentliche Veranstaltung, ebenfalls im Haus der Wissenschaft, durchgeführt.

Drittens hat sich die AG 60plus dafür entschieden, die Frage einer guten Pflegeversorgung in allen ihren Facetten zu einem Schwerpunktthema zu machen. In 2019 stand dabei zunächst die Reform der Pflegeversicherung im Mittelpunkt. Hierzu wurde ein umfangreicher Antrag erarbeitet, der auch beim

Bundeskongress der AG 60plus im Oktober 2019 in Köln eingebracht und dort einstimmig angenommen wurde. Dieses Schwerpunktthema wird 60plus weiter fortsetzen.

Arno Gottschalk  
Vorsitzender

## BERICHT DES ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN

Im Jahr 2018 führte der Arbeitskreis drei Treffen, davon zwei Mitgliederversammlungen und eine größere Veranstaltung, in Zusammenarbeit mit dem OV Horn und der ev. Kirchengemeinde Horn durch. Seit der ersten Mitgliederversammlung bin ich Sprecherin des Arbeitskreises, unterstützt wird diese Arbeit von Gabi Bredow und Catharina Hanke.

Die zweite Mitgliederversammlung war notwendig geworden, da es den Antrag an den Arbeitskreis gab den Namen und die Arbeitsweise zu verändern. Beides wurde auf der Versammlung abgelehnt. (Protokoll und Anwesenheitsliste liegt im Parteibüro vor.)

Die größere Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der ev. Kirchengemeinde befasste sich mit dem Thema: "20 Jahre gegen Rechtsradikale". Hier waren es etwa 25 Teilnehmer\*innen.

Auf Grund der Bürgerschaftswahl 2019 fand im vergangenen Jahr nur eine Mitgliederversammlung und ein weiteres Treffen Ende des Jahres statt.

Auf der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, die Arbeit im Arbeitskreis wie bisher weiter zu führen (Sprecherin) und 2-3 Treffen im Jahr in den Räumen in der Wachtstr. durchzuführen.

Für das Jahr 2020 wurde beschlossen, sich einige Soziale Projekte in Bremen anzusehen und uns über deren Arbeit zu informieren.

Angela Schmelter  
Sprecherin

## BERICHT DES AK SOZIALE STADTENTWICKLUNG

Der Arbeitskreis „Soziale Stadtentwicklung“ arbeitet weiterhin an den Themen Stadtentwicklung, Stadtteilentwicklung und Wohnungsbau. Dabei bilden Chancengerechtigkeit und Armutsprävention in den Stadtteilen die wesentlichen Schwerpunkte.

Bei den unterschiedlichen Themenbereichen stellen wir die Fragen in den Mittelpunkt, wie wir stadtteilbezogene Entwicklungen so vorantreiben können, dass sie unseren Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit entsprechen.

Schwerpunkte der Arbeit:

1. **UB-Parteitag zu Wohnungsbau**

Der AK hat wesentliche Teile der Wohnungsbaubeschlüsse des Unterbezirks vorbereitet. Diese sind weitgehend auch ins Wahlprogramm der SPD aufgenommen worden.

2. **Wahlprogramm der SPD**

Neben den wohnungsbaupolitischen Programmpunkten ist erstmalig auch ein Kapitel zur Stadtteilentwicklung ins Bremer Programm aufgenommen worden, das im Wesentlichen aus den inhaltlichen Diskussionen im Arbeitskreis entstanden ist. Dabei geht es nicht nur um die zentrale

Weiterentwicklung Bremens, sondern vor allem auch um die Frage, wie die einzelnen Stadtteile weiterentwickelt werden können. Bisher war hier keine Bremer Strategie erkennbar.

### 3. Unterstützung der Ortsvereine bei ihrer Stadtteilentwicklungsarbeit

#### a. Kattenturm

Für Kattenturm-Mitte haben wir gemeinsam mit den Genoss\*innen vor Ort eine Entwicklungsperspektive erarbeitet, die die SPD dort offensiv in die Diskussion eingebracht hat bzw. weiterhin einbringt. Hier soll eine vielfältige Stadtteilmitte mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen.

#### b. Hemelingen

Vor kurzem haben wir unsere Ziele für Hemelingen rund um das Coca Cola- und das Könneke-Gelände zu Papier gebracht, so dass die Genoss\*innen vor Ort das Entwicklungskonzept abstimmen und danach offensiv in den Stadtteil einbringen und vertreten können. Die Bahnhofstraße mit den Einzelhandelsgeschäften soll attraktiver werden und das Neubaugebiet auf der Industriebrache mit geplanten 300 neuen Wohneinheiten und diversen Gewerbeobjekten wird die Attraktivität dieses Quartiers in Hemelingen deutlich verbessern, wenn dem Konzept der Hemelinger SPD-Ortsvereine gefolgt wird.

### 4. Wohnungsbau / Stadtteilentwicklung

Insbesondere verwaarloste und leerstehende Gebäude in verschiedenen Stadtteilen, aber auch die Konzepte für die Entwicklung von Brachen waren hier unsere Schwerpunkte. Stadtteilentwicklung muss beide Aspekte besonders berücksichtigen, um eine weitere Verwaarlosung zu verhindern bzw. mit neuen Projekten einen guten Ausgleich in den Stadtteilen zu erreichen. Dabei wollen wir Wohnen und Arbeiten nicht in getrennten Gebieten realisieren, sondern möglichst in einem „Miteinander“ (siehe Coca-Cola- und Könneke-Gelände sowie das Tabakquartier in Woltmershausen).

### 5. Weiterbildung

Für unsere Weiterbildung in diesen Themenbereichen haben wir mit folgenden Referent\*innen diskutiert:

Referentin	Thema
<b>Rene´ Böhme</b> ; Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW), Bremen	Bremen Wächst
<b>Björn Tschöpe</b> , SPD-Fraktionsvorsitzender	Wohnungsbaupolitik
<b>Alexander Künzel</b> , Vorstand Bremer Heimstiftung	Entwicklung von neuen Quartieren
<b>Hermann Schulte-Sasse</b> , Vorstand Paritätische, Bremen	Wohnungsbaupolitik / Armut
<b>Martin Karsten</b> , FORUM, Huebner, Karsten & Partner, Bremen	Stadtteilweiterentwicklung
<b>Sieghard Lückehe</b> , Geschäftsführer STÄWOG, Bremerhaven,	Quartiersweiterentwicklung
<b>Susanne Krebsler</b> , Geschäftsführerin, Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.	Regionale Wohnungsmarktstrategie

## 6. Formales

Der Arbeitskreis hat sich regelmäßig monatlich mit Ausnahme in der Wahlkampfphase getroffen. Er tagte in dieser Wahlperiode 18-mal. An den Sitzungen nehmen ca. 10 – 15 Genoss\*innen aus verschiedenen Stadtteilen teil.

## 7. Schwerpunkte unserer Arbeit in 2020 bilden folgende Themen

- a. **Schwarmstadt** (Junge Menschen und Bremen)  
Was macht Bremen attraktiv für die Bevölkerungsgruppe? Was muss verstärkt werden?
- b. **Bahnhofsvorstadt**  
Die Umgestaltung steht in Bremen seit Jahren auf der Agenda, allerdings ist bisher nichts umgesetzt. Zahlreiche Wohnungsbaubestände sind stark vernachlässigt.
- c. **Öffentliche Veranstaltungen** zu unseren Themen  
Wir möchten unsere Erkenntnisse mit Fachleuten und Interessierten weiterentwickeln. Dazu wollen wir mehrere öffentliche Veranstaltungen durchführen.

Reinhold Wetjen  
Sprecher

**A1/2018 Bremen wächst – Dafür brauchen wir 2.500 neue Wohnungen pro Jahr**

Antragsteller: AK Soziale Stadtentwicklung

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung, Aufforderung an den Senat

Sachstand: Im Jahr 2018 wurden im Land Bremen 2 090 Wohnungen fertiggestellt, 244 mehr als im Jahr zuvor. Davon wurden 1 809 Wohnungen in der Stadt Bremen und 281 in Bremerhaven errichtet. Baugenehmigungen wurden für 2 465 Wohnungen erteilt. (Quelle: Statistisches Landesamt). Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart (S. 29): „Wir wollen die Voraussetzungen für 10.000 zusätzliche Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode schaffen.“

**A2/2018 Bei der Vergabe öffentlicher Flächen ist auch mit dem Instrument des Erbbauvertrags zu arbeiten**

Antragsteller: AK Soziale Stadtentwicklung

Beschluss: Annahme

Sachstand: Bereits im August 2018 wurde folgende Anfrage an den Senat gerichtet: „Erbpacht statt Veräußerung nutzen, um Immobilienerstellungskosten nachhaltig zu reduzieren - ein neuer Weg zum bezahlbaren Wohnraum?“ Der Werkzeugkasten der Politik für die Bremsung des Preisanstieges bei den Mieten ist mannigfaltig. Er reicht von einer veränderten Bodenpolitik (Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht oder nach Konzept aber nicht mehr nach Höchstpreisen), über Zweckentfremdungsverbote, Förderprogramme für die Bauwirtschaft, Genossenschaften und junge Familien beim Eigentumserwerb, Errichtung von Azubi- und Studierendenwohnheimen. Die Überlassung auf Erbpachtbasis stellt aber auch eine Ergänzungsmöglichkeit der bisherigen Bausteine der Wohnbauförderung dar. Ist bisher bei der Veräußerung öffentlicher Flächen eine prozentuale „Sozialvermietungsquote“ vereinbart worden, zeigen Beispiele aus Hamburg, dass sich auf Erbpachtbasis auch Investorenmodelle für vollumfängliche Bauprojekte realisieren lassen, die einen langfristigen Mietzins von € 8 pro qm Wohnfläche garantieren. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart (S. 29): „Wir wollen ein Konzept entwickeln, das eine nach Ortsteilen differenzierte Mindestquote an mietpreisgebundenen Wohnungen vorgibt und diese über Kooperationsvereinbarungen, Erbbauverträge oder städtebauliche Verträge verbindlich macht.“

**A3/2018 Der Anteil der geförderten Wohnungen soll ab dem 1.7.2018 von 25% auf 30% gesteigert werden.**

Antragsteller: AK Soziale Stadtentwicklung

Beschluss: Annahme

Sachstand: Die Quote beträgt bisher 25 Prozent (seit 2012) und wird unterstützt durch die Wohnraumförderungsprogramme des Senats. Um die Umsetzung der Sozialwohnungsquote im Jahr 2019 abzusichern, wurde vom Senat eine weitere Aufstockung des 3. Wohnraumförderungsprogramms um 25 Mio. € beschlossen. Eine Erhöhung der Quote wird angestrebt. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu (S. 29): „Beim Neubau wollen wir die Sozialquote auf 30 Prozent erhöhen. Wir wollen die Bagatellgrenze zur Anwendung der



Sozialquote generell auf 20 Wohnungseinheiten senken und Bauvorhaben künftig kritischer auf Umgehung dieser Grenze überprüfen.“

---

**A4/2018      **Wir wollen vielfältige Quartiere und soziale Durchmischung in unserer Stadt!****

Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung

Beschluss: Annahme

Sachstand: Wir streben eine stärkere soziale Mischung in allen Ortsteilen an durch Vergabe öffentlicher Flächen u. Förderung des Wohnungsbaus. Wir erhöhen die Sozialquote von 25 auf 30 %. Wir fördern Familien beim Grunderwerb mit einem Zuschuss von 15.000 Euro. Wir schaffen mehr rollstuhlgerechten Wohnraum. Mit GEWOBA, StÄWOG und BREBAU sichern wir Wohnraum für breite Schichten. Neue Wohnbauflächen sollen entstehen: z. B. in Woltmershausen, Hemelingen, Oberneuland und Gröpelingen . Das Klushuizen-Programm (Aufwertung von sogenannten „Schrottimobilien“) wollen wir fortsetzen (Beispiel Goethe-Quartier Bremerhaven). Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Maßnahmen gegen die Segregation in den Quartieren wollen wir weiterentwickeln – auch in den Programmen zum sozialen Wohnungsbau. Wir sehen Handlungsbedarf bei der Länge der Bindung. Die Instrumente der Wohnraumförderung sollen auf ihre Hebelwirkung überprüft werden, mögliche Potentiale können in die Verlängerung der Sozialbindung oder in die Höhe der Förderung laufen.“ Insgesamt rücken wir die Entwicklung der Quartiere der Stadt deutlich in den Focus unseres Handelns (siehe dazu Positionspapier der Fraktion vom September 2019).

---

**A5/2018      **Wir brauchen auch Wohnungsneubau für mittlere Einkommen!****

Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung

Beschluss: Annahme, Aufforderung an den Senat

Sachstand: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die Lücke zwischen Reallohnentwicklung, Eigenkapitalanforderungen, gestiegenen Kosten der Neubausausführung, und gestiegenen Grundstückspreisen nur bei dem letzten Faktor beeinflussen, nämlich indem sie versuchen, den für einen Grunderwerb zu zahlenden Preis zu begrenzen. Auf Beschluss der Bürgerschaft hat der Senat deshalb bereits ein Förderprogramm aufgelegt, das Familien mit einem einmaligen Zuschuss von 15.000 Euro fördert. Die Förderung ist regional begrenzt. Als Fördergebiete wurden die Ortsteile definiert, die insbesondere von negativen Segregationstendenzen betroffen sind. Diese Segregation hat zwar vielfältige Ursachen, insbesondere ist sie aber Ergebnis von kapitalistischen Mechanismen des Wohnungsmarktes, insoweit besteht die begründete Hoffnung, dass durch die Subventionen des Marktgeschehens Angebots- und Nachfrageeffekte für die zur sozialen Stabilisierung notwendige soziale Durchmischung erreicht werden können. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dieses Programm fortzuführen und auszubauen.

---

**A7/2018      **Schulkonsens um Qualitätspakt erweitern – Oberschulen stärken, Kontinuität ermöglichen****

Antragssteller: UBV

Beschluss: Annahme, Antrag an Landesparteitag

Sachstand: Am 11. September 2018 wurde gemeinsam von den Vorsitzenden der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken die Fortschreibung des Konsenses zur Schulentwicklung beschlossen. Die im Beschluss des UB-Stadt enthaltenen Punkte sind darin sämtlich enthalten. Die inklusive Beschulung auch an Gymnasien ist – wie vom Bremer Verwaltungsgericht bestätigt - klarer gesetzgeberischer Auftrag. Die SPD-Fraktion hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass sich neben den Gymnasien Links der Weser und Vegesack auch weitere Gymnasien an der Inklusion beteiligen. Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

**A8/2018 »Erneuerung« nur mit klarem friedenspolitischem Profil!**

Antragsteller: Ortsverein Peterswerder/Steintor

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

**A9/2018 Gebührenfreie Kitas als Beitrag zur wachsenden Stadt**

Antragsteller: Ortsverein Peterswerder/Steintor

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

**A10/2018 Arbeitsbedingungen für studentische Hilfskräfte verbessern - Tarifvertrag für „HiWis“ abschließen**

Antragsteller: Jusos

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

**A11/2018 Racial Profiling die Quittung geben: Mehr Transparenz bei Polizeikontrollen**

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Überweisung an UBV

Sachstand: Der UBV verfolgt zusammen mit den Jusos die genaue Entwicklung dieser Thematik.

---

**A12/2018 Die SPD muss die Medien-Präsenz stärken**

Antragssteller: Ortsverein Kattenturm/Kattenesch

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

---

<b>A13/2018</b>	<b>Umrüstungskosten</b>
	Antragssteller: Ortsverein Borgfeld
Beschluss:	Annahme, Antrag an den Landesparteitag
Sachstand:	Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 24. April 2018 gestellt und angenommen.

---

<b>A14/2018</b>	<b>Bremen wächst. Zusammen. – Eckpunkte für den sozialen Zusammenhalt im neuen Jahrzehnt</b>
	Antragssteller: UBV
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Landesvorstand hat die vom Parteitag ausgesprochenen Empfehlungen vielfach in dem Zukunftsprogramm 2019-2023 berücksichtigt.

---

<b>A15/2018</b>	<b>Der Unterbezirksparteitag empfiehlt dem Landesvorstand die nachfolgenden Beschlüsse des AK Soziale Stadtentwicklung bei der Erarbeitung des SPD-Zukunftsprogramms 2019 – 2023 entsprechend zu berücksichtigen.</b>
	Antragssteller: AK Soziale Stadtentwicklung und UB-Vorstand
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Landesvorstand hat die vom Parteitag ausgesprochenen Empfehlungen vielfach in dem Zukunftsprogramm 2019-2023 berücksichtigt.

---

<b>A17/2018</b>	<b>Tarifverträge stärken: Mehr Allgemeinverbindlichkeit!</b>
	Antragssteller: Jusos
Beschluss:	Annahme
Sachstand:	Der Beschluss ist von der Bürgerschaftsfraktion aufgenommen worden und hat Eingang in einen Beschluss der Bürgerschaft gefunden (Drs. 19/1804). Eine Änderung durch den Bundesgesetzgeber ist bisher nicht erfolgt.

---

<b>A18/2018</b>	<b>Maß halten! Verschärfung des Polizeigesetzes überdenken!</b>
	Antragssteller: Jusos
Beschluss:	Überweisung an Programm-AG „Demokratische Gesellschaft – gleiche Teilhabe – sicher leben“ der Landesorganisation
Sachstand:	Die Kritiken und Überlegungen des Beschlusses sind in die Diskussionen rund um die Entstehung des Zukunftsprogrammes eingeflossen.

---

---

**A19/2018 Politik zurück an die Hochschulen holen - Allgemeinpolitisches Mandat für die Vertretung der Studierenden!**

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Annahme

Sachstand: Der Parteitag bekennt sich zur Vorschrift des Bremischen Hochschulgesetzes.

---

**A20/2018 Resolution: Eine solidarische Stadtpolitik für alle!**

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Annahme

Sachstand: Keine Verfolgung nötig, da es eine Resolution ist.

---

**A21/2018 Für paritätische Mitbestimmung an den Hochschulen**

Antragssteller: Jusos

Beschluss: Überweisung an das Wissenschaftsforum

Sachstand: Im vom Landesparteitag beschlossenen Koalitionsvertrag ist die Forderung der Antragsteller\*innen aufgenommen worden:

Die Mitwirkung der Studierenden an der akademischen Selbstverwaltung wollen wir stärken. Mit dem Ziel einer zügigen Umsetzung wollen wir das im Land Thüringen bereits eingeführte Modell einer viertelparitätischen Besetzung der Gremien der akademischen Selbstverwaltung r echtlich prüfen.

---

**A22/2018 Erstellung eines Leitfadens zum Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, die von einer Lückenbebauung betroffen sind“**

Antragssteller: Ortsverein Peterswerder/ Steintor

Beschluss: Annahme, Antrag an Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 15.September 2019 gestellt und angenommen.

---

**A23/2018 Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit!**

Antragssteller: UBV + AG 60 plus

Beschluss: Annahme

Sachstand: Der Beschluss hat die Position des Unterbezirks in der Sache festgelegt. Ergeben hat sich seitdem:

- Die Refinanzierung von Tarifsteigerungen auch in der ambulanten Altenpflege wurde von der SPD erfolgreich im Bundesgesetzgebungsverfahren durchgesetzt.

- Die Unterstützung eines allgemeinverbindlichen Pflege-Tarifvertrags für Bremen wurde im Koalitionsvertrag festgehalten. Auch die Bundesregierung strebt inzwischen einen bundesweiten allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Pflege an.
- Die Konzertierte Aktion Pflege sieht auch die Erarbeitung weitergehender Personalschlüssel für die Pflege gegenüber dem jetzigen Pflegepersonalstärkungsgesetz vor. Eine davon abweichende Regelung im Landeskrankenhausgesetz wurde hingegen bereits in Hamburg vom Verfassungsgericht verworfen. In Bremen ist eine gleichlautende Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu erwarten.
- Zur Frage des Pflegebeauftragten hat der Koalitionsvertrag einen Prüfauftrag festgelegt, wie die Interessen der Pflegenden am besten institutionalisiert werden können.

---

## **A24/2018 Migration und Integration**

Antragssteller: OV Altstadt-Mitte

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag und an den Bundesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 23. Februar 2019 gestellt und angenommen, sowie an den Bundesparteitag als Beitrag zum Bundesparteiprogramm geschickt.

---

## **A25/2018 Die Opfer des NSU Terrors nicht vergessen**

Antragssteller: OV Schwachhausen Süd/Ost

Beschluss: Annahme, Aufforderung an den Senat

Sachstand: Rechtsgrundlage für die Benennung von Straßen sind die Vorschriften des Bremischen Landesstraßengesetzes in Verbindung mit dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter. Das verbindliche Vorschlagsrecht liegt ausschließlich beim Beirat des zuständigen Ortsamtes, Vorschläge können im zuständigen Ortsamt eingereicht werden. Alternativ können sie auch beim Amt für Straßen und Verkehr unterbreitet werden. Vorschläge werden meist ortsbezogen oder mit Verweis auf bedeutende Persönlichkeiten (regional / überregional) gemacht. Das Staatsarchiv Bremen prüft die Vorschläge, bevor sie der zuständigen Deputation und anschließend der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis gebracht werden. Die Deputation bittet die Beiräte stets, bei der Benennung neuer Straßen und Wege bedeutende Frauen stärker zu berücksichtigen. Die Antragsteller müssen sich mit entsprechenden Vorschlägen direkt an die Beiräte wenden.

---

## **A26/2018 Die notwendige Umstellung auf regenerative Energien gelingt nur mit Bürgern vor Ort**

Antragssteller: OV Osterholz

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag, Aufforderung an die Bürgerschaft

Sachstand: Nicht nur bei der Planung von Standorten für Windenergieanlagen, auch bei größeren Bauvorhaben (Wohnen, Gewerbe) müssen die Bürger/-innen frühzeitig informiert und am Planungsprozess beteiligt werden. Für alle einsehbar wird derzeit eine Vorhabenliste erstellt, die laufend aktualisiert wird und einen Überblick über Planungen aus den Ressorts gibt. Im

Koalitionsvertrag heißt es dazu (S. 123): „Wir werden die Vorhabenliste um eine Benachrichtigungsfunktion ergänzen und sicherstellen, dass sich alle Ressorts an der Liste beteiligen. Eine klare Kriterienliste legt fest, wann über die gesetzlich vorgeschriebenen Maße hinaus Bürgerbeteiligung erfolgen soll. Zudem soll eine zentrale Koordinierungsstelle für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Senatskanzlei eingerichtet werden.“

Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 23. Februar 2019 gestellt und angenommen.

---

**A28/2018 Das jüdische Leben stärken und sichtbar machen!**

Antragssteller: OV Schwachhausen Süd/Ost

Beschluss: Annahme, Antrag an den Landesparteitag

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss wurde als Antrag auf dem Landesparteitag vom 23. Februar 2019 gestellt und an den Landesvorstand überwiesen.

---

**A29/2018 Umdenken bei der Auswahl der Give Aways für die Wahlkämpfe in Bremen und Bremerhaven 2019**

Antragssteller: OV Kattenturm/ Kattenesch

Beschluss: Annahme, Sendung an den Landesvorstand

Sachstand: Der Parteitagsbeschluss war in die Überlegungen des Landes zur Bereitstellung verschiedener Give-Aways und Werbematerialien eingegangen, so. z.B. bei der Auswahl der bedruckten Jutebeutel und nachhaltigen Süßigkeiten.

---

**A30/2018 Fahrtkosten für Arztbesuche**

Antragssteller: OV Kattenturm/ Kattenesch

Beschluss: Annahme

Sachstand: Der Beschluss hat die Positionierung des Unterbezirks in der Frage entsprechend festgelegt. Eine weitere Beschlussverfolgung entfällt, da keine näheren Aufträge vorgesehen sind.

---

**A32/2018 Frauenförderung bei der Listenaufstellung und in der Partei stärken**

Antragssteller: UBV

Beschluss: Annahme

Sachstand: Es haben in der Umsetzung des Beschlusses ein Workshop unter Beteiligung der OV-Vorsitzenden zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Satzungsänderung und Frauenförderung abgehalten. Auf dem UB Parteitag am 9. März 2019 wurde ein Antrag zur Satzungsänderung „Frauenförderung bei der Listenaufstellung“ verabschiedet. Antragsteller war UBV, Jusos und ASF. Im November/ Dezember dieses Jahres gibt es zwei Workshops zum Thema Frauenförderung in der Partei.

---

**A33/2018      Etablierung einer öffentlichen Plattform für den elektronischen Handel und Verbot der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch exzessive Datensammlungen**

Antragssteller: OV Peterswerder/ Steintor

Beschluss:      Annahme, Antrag auf Bundesparteitag

Sachstand:      Der Antrag wurde auf dem Bundesparteitag vom 6. Dezember 2019 an die SDP-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament überwiesen.

---

**I1/2018      Causa Maaßen**

Antragssteller: OV Huchting/Grolland, OV Buntentor

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Der in diesem Antrag kritisierte Kompromiss, den Verfassungsschutzchef auf den Posten eines Staatssekretärs mit hohen Bezügen zu verschieben, wurde kurz nach dem Parteitag ersetzt durch eine neue Absprache, in der Maaßen Sonderberater im Innenministerium werden sollte. Dank einer öffentlich gewordenen Rede, in der er heftig die SPD und Medien für seinen Rauswurf kritisierte, versetzte ihn Innenminister Seehofer in den einstweiligen Ruhestand.

---

**A1/2019      „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ – Bremer Impulse**

Antragssteller: UBV

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Im Parteivorstand läuft die Debatte über ein neues Sozialstaatskonzept noch. Eine Arbeitsgruppe wird in Kürze einen Vorschlag zur Kindergrundsicherung vorlegen. Beschlüsse stehen aber noch aus. Die Bremer Vertreter\*innen setzen sich weiter für eine Positionierung im Sinne des UB-Parteitagsbeschlusses ein

---

**A2/2019      Platz für Wohnraum, Platz für Grün, Platz für Alle: Das Rennbahnquartier**

Antragssteller: UBV

Beschluss:      Annahme in geänderter Fassung

Sachstand:      Die Positionierung des Unterbezirksparteitages hat Eingang in die Grundlage zur Kampagne zum Volksentscheid gefunden.

---

**A3/2019      Kein Wohnraum für Spekulant\*innen – Dubiose Geschäftspraktiken beenden!**

Antragssteller: Jusos

Beschluss:      Überweisung an den UBV

Sachstand:      UBV plant zu Vonovia eine Veranstaltung, die mit den Jusos abgestimmt wird.

---

---

**A5/2019      Mobilität ist soziale Teilhabe – Unsere Ziele für die Mobilität der Zukunft in Bremen**

Antragsteller: UBV

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Die Einführung des kostenlosen Stadttickets für berechnigte Kinder und des 25-Euro-Tickets für Schülerinnen, Azubis und Freiwilligenleistende wird derzeit vom Senat geprüft. Der Bericht über die Prüfergebnisse ist für Herbst 2020 angekündigt.

Für die Prüfung des umlagefinanzierten Nahverkehrs hat der Senat angekündigt, eine Machbarkeitsstudie unter Einbeziehung der Bremer Initiative „einfach einsteigen“ in Auftrag zu geben. Ein Antrag der stadtbremischen SPD zur Unterstützung der Initiative sowie der Mitwirkung an der Erarbeitung und Umsetzung eines sozial gerechten Konzeptes zum umlagefinanzierten ÖPNV steht am UB-Parteitag am 21. März 2020 zur Diskussion und Abstimmung. Das Job-Ticket wird seit Anfang des Jahres 2020 durch mehr Arbeitgeberzusammenschlüsse und Senkung der Mindestteilnehmerzahl auf 50 deutlich attraktiver gestaltet. Die Verbesserung des ÖPNV/SPNV beispielsweise durch die Erhöhung der Angebotsdichte mit der Anbindung der Randgebiete und Gewerbegebiete, die Schaffung neuer Straßenbahnlinien liegt dem Senat als Forderungskatalog vor, ein Planungs- bzw. Umsetzungsbericht ist nach Abschluss der Haushaltsberatungen angekündigt. Für die prioritäre Realisierung von Fahrradbrücken zur Entlastung des Stadtverkehrs in Walle-Woltmershausen, Habenhausen-Hemelingen Stadtwerder/Altenwall hat die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung in der Oktobersitzung 2019 Planungskosten in Höhe von 4.000.000 für die Jahre 2020/2021 beschlossen. Die Verbesserung und Sanierung der Radwege und Radrouten auch innenstadtferner Stadtteile und Gewerbegebiete sowie der Ausbau des Weserradweges soll mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 20/21 angegangen werden. Die Entwicklung einer Mobilitäts-App wird derzeit von der BSAG unter Beteiligung der Akteure aus Wirtschaft, Politik, Mobilitätsverbänden und Senat geprüft.

Die lückenlose Umsetzung von Tempo 30 vor Schulen, Kitas und Seniorenheimen ist im Bürgerschaftsausschuss Bürgerbeteiligung, Beiräte mit Vertretern des Senats, Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und Beiratssprechern diskutiert worden. Der Senat hat im Ergebnis der Diskussion angekündigt, noch einmal alle bisher aus Gründen des Eingriffs in den fließenden Verkehr bzw. in den ÖPNV abgelehnten Standorte vor Kitas, Schulen und Seniorenheime auf die mögliche Umsetzung von Tempo 30 zu prüfen.

---

**A6/2019      Vorfahrt für Bildung**

Antragsteller: UBV

Beschluss:      Annahme

Sachstand:      Der Haushalt 2020 befindet sich aktuell noch in Beratung. Im Vorentwurf des Senats, vom 18. Februar ist eine weitreichende Anhebung des Bildungsetats um 360 Millionen



Euro vorgesehen. Nach Abschluss der Haushaltsverwaltung wird die Bürgerschaft abschließend berichten.

---

**A7/2019      Bremen benötigt ein Mieterrätengesetz**

Antragsteller: OV Schwachhausen Süd-Ost

Beschluss: Annahme in geänderter Fassung

Sachstand: Im Anschluss an den Parteitag wurden interessierte Delegierte eingeladen, an der beschlossenen Arbeitsgruppe teilzunehmen. Die so entstandene, fünfköpfige Arbeitsgruppe sichtet derzeit vorhandene Konzepte für Mieterräte und wird auf dieser Grundlage Eckpunkte für ein Konzept unter Einbeziehung Dritter für den Parteitag erstellen.

---

**A10/2019      Keine Wohnungsverkäufe der Gewoba zur privatwirtschaftlichen Nutzung**

Antragsteller: OV Gartenstadt-Vahr

Beschluss: Annahme

Sachstand: Die in früheren Jahrzehnten durchgeführten Verkäufe von Wohnanlagen der GEWOBA sind gestoppt. Ein Verkauf von Wohngebäuden findet nicht mehr statt. Als Ausfluss aus den damaligen Programmen werden in wenigen Fällen noch Einzelwohnungen verkauft, wenn das übrige Gebäude bereits privatisiert wurde. Grund ist, dass die GEWOBA in einer Eigentümergemeinschaft mit Privaten keine Wohnungsbewirtschaftung zu ihren gewohnten Standards gewährleisten kann, wenn die privaten Eigentümer bspw. Instandhaltungs- oder Modernisierungsmaßnahmen ablehnen. Vertreter\*innen der SPD in zuständigen Gremien sind gehalten dafür zu sorgen, dass auch künftig keine weitere Veräußerung von Wohnanlagen mehr stattfindet.

---

**A11/2019      Neue Pathologie mit nachhaltigen Kultur- und Sozialprojekten**

Antragsteller: OV-Peterswerder/Steintor

Beschluss: Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Sachstand: Die Fraktion ist hier in engem Austausch mit dem Senat, insbesondere mit dem zuständigen Ressort. Da aber derzeit noch nicht feststeht wie der Fortgang, auch im Hinblick auf Eigentumsverhältnisse, sein wird, lies sich noch keine endgültige Klärung erwirken. Die Thematik ist aber fortlaufend in Bearbeitung.

---

---

**A12/2019    Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – Der Staat darf sich nicht dünnemachen**

Antragsteller: UBV

Beschluss:    Annahme

Sachstand:    Zu den einzelnen Beschlusspunkten: Der Ankauf der Lüssumer Heide trägt bereits sichtbar zur Aufwertung des Quartiers bei. Der Forderung nach schnellstmöglicher Einführung der Grundsteuer C hat sich inzwischen die Bremische Bürgerschaft in einem Beschluss angeschlossen. In Sachen Straßenreinigung ist entschieden worden, diese vollständig zurück in die Hand der Stadt zu überführen. Eine Vereinbarung mit der Firma Nehlsen sieht vor, dass sie noch bis 2028 gemeinsam betrieben wird, dafür erhält die Stadtgemeinde das erforderliche Grundstück zu einem bereits heute festgelegten Preis. Die Frage der Abwasserentsorgung wird voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode auf die Tagesordnung kommen.

– aufgrund der Diskussion im UB-Vorstand und der OV-Vorsitzenden-Konferenz am 29. Mai –

### Wichtigste Eckdaten der Ergebnisse:

- Anstieg der Wahlbeteiligung von 50 % auf rd. 65 %.
- Auseinanderdriften der Ergebnisse zu Bremerhaven vor allem durch dortiges Abschneiden der Rechtspopulisten (AfD und BiW zusammen 16,4 %).
- Massive Verschlechterung des SPD-Ergebnisses auf knapp 25 %.

### Zum SPD-Ergebnis im Einzelnen:

- Massive Verluste an die CDU (- 8.000). Die CDU erhielt 38 % ihrer Stimmen „aus Enttäuschung“.
- Im krassen Gegensatz zu den gleichzeitigen Europawahlen wurde eine Abwanderung an die Grünen verhindert (+/- 0).
- Schlechtes Abschneiden bei 16-24-Jährigen (nur 13% für SPD, Platz 3 hinter Grünen und Linken), dadurch Stimmenverluste gegenüber zwischenzeitlich verstorbenen Älteren (im Saldo - 4.000).
- Weniger große, aber spürbare Verluste an die Linkspartei (-2.000). Die Linkspartei verbessert sich, anders als wir, trotz Bundestrend. Sie droht uns bei Kompetenz für soziale Gerechtigkeit den Rang abzulaufen (2011 noch 50 zu 9 %, 2019: 30 zu 24 %).
- Wir haben von hoher Wahlbeteiligung profitiert (+10.500), aber nur unterproportional.
- Erstmals auch in Bremen Profillosigkeit nach Berufsgruppen: stachen bei der letzten Wahl die Ergebnisse bei (neben Rentnern) Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen positiv heraus, ist das nun eingeebnet. Bei Arbeitern und Arbeitslosen je nur noch 20 % (Arbeiter: -22, zeitgleich AfD +11; Arbeitslose: - 15, zeitgleich AfD +18), bei Angestellten noch 21 % (-10, Verteilung auf diverse Parteien).

### Überlegungen für Schlussfolgerungen:

- Die Strahlkraft eines „frischen Gesichts“ bei der CDU-Kampagne war offenkundig stärker als vermutet. Gleichzeitig war die Lesart „nach 70 Jahren muss etwas neues her“ anschlussfähiger als 2015, weil eine schlechtere Wahrnehmung von der Lage der Stadt (insb. Verkehr und trotz aller Anstrengungen Bildung) besteht als damals. Beides konnte die CDU verknüpfen. Ihre mangelnde eigene Lösungskompetenz konnte sie überdecken, weil für einen erheblichen Teil ihrer Wähler das Motiv der Enttäuschung (v.a. über die SPD) ausreichend war. Dafür spricht auch, dass bei der gleichzeitigen Europawahl im Lande Bremen das Ergebnis der CDU spürbar schlechter ausfiel (zugunsten der Grünen).
- Die SPD-Kampagne um rot-grüne Wechselstimmen hat offenkundig dazu beigetragen, dass es keine Abwanderung zu den Grünen gab und nur moderate zur Linkspartei. Das dürfte ein wesentlicher Grund sein, warum der Vorsprung der CDU knapper ausfiel als
- von ihnen und vielen Beobachtern erwartet. Das Ergebnis wäre sonst womöglich noch spürbar schlechter ausgefallen.
- Die SPD hat ein massives Image-Problem bei der jüngeren Generation! Zu bedenken ist, dass diese Generation die SPD im Bund nur noch als Juniorpartner der CDU kennt. Offenkundig werden als

Parteien der Zukunftsgestaltung Grüne (vorrangig, auch wegen des hohen Stellenwerts der Klimafrage) oder Linkspartei wahrgenommen, die SPD steht im Ergebnis auf einer Stufe mit der CDU.

- Die Ansprache der klassischen Zielgruppen der SPD als „Partei der Arbeit“ (Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentner) funktioniert nur noch bei Rentnern. Trotz der Gewerkschaftskampagnen gegen die AfD und tlw. klar für die SPD nehmen uns Lohnabhängige nur noch unwesentlich stärker als „ihre“ Partei wahr als es bspw. Selbstständige tun. Bei Arbeitslosen liegen wir hinter der AfD, bei Arbeitern nur noch knapp davor!

### **Daraus ergeben sich folgende Herausforderungen:**

- Herausforderung 1: Bei Lohnabhängigen müssen wir das Profil als „Partei der ArbeitnehmerInnen“ wiederherstellen.
- Herausforderung 2: Bei den sozial und/oder ökologisch „Reformhungrigen“, darunter die derzeit jüngeren Generationen, müssen wir wieder eine Wahrnehmung als Partei der sozialen und ökologischen Innovation erzeugen („Motor links der Mitte“).
- Herausforderung 3: Bei den Teilen der bürgerlichen Mitte, die aus Enttäuschung und nicht aus Überzeugung zur CDU abgewandert sind, müssen wir die Wahrnehmung erzeugen, dass wir für verlässlich funktionierende Infrastruktur und Bürgerdienste sorgen – neben Inneres auch Kinder/Bildung und Verkehr – und Bremen von der SPD „gut und vorzeigbar regiert“ wird.
- Herausforderung 4: Mit Blick auf unsere lokale Verankerung unsere Position als „Bremen-Partei“ und auch jeweilige „Stadtteil-Partei“ zu halten. Dazu müssen wir a) wieder in den Stadtteilen erkennbar sein und als Ansprechpartner für die Anliegen der Bevölkerung wahrgenommen werden und b) auch das Auseinanderdriften von Ortsteilen thematisieren, bekämpfen und die Fortschritte kommunizieren.

Die weitere Diskussion dieser Thesen erfolgt kurzfristig im Rahmen einer Mitgliederkonferenz.

Falk Wagner	Anja Schiemann	Reinhold Wetjen
Vorsitzender	Stellv. Vorsitzende	Wahlkampfleiter